

Mehr Transparenz und bereichsübergreifende Zusammenarbeit gefordert

Gesundheitswesen aus Sicht eines Fachverbands

Die «Schweizer Personalvorsorge» sprach mit Hans Zeltner, Präsident des SVS Nord-Ostschweiz, über Schwierigkeiten und Potenzial im Gesundheitswesen.



Hans Zeltner

eidg. dipl. Sozialversicherungsfachmann, Präsident des Schweizerischen Verbands der Sozialversicherungs-Fachleute (SVS) der Region Nord-Ostschweiz, Präsident der Vorsorgestiftung Gesundheit und Soziales (VGS), Dornach

Wir erleben im Bereich der Sozialversicherungen einen Reformstau. Dies zeigen etwa die gescheiterten Revisionen im Bereich AHV und Krankenversicherung – dies, obwohl Reformbedarf existiert. Hans Zeltner, was läuft schief?

Politiker haben leider zu wenige Fachkenntnisse. So ist es unerlässlich, bei Revisionen die Fachleute stärker einzubeziehen. Künftig sollte es ausserdem nicht zu viele, dafür besser durchdachte Revisionen geben. Es wird auch zu viel mit Schlagworten gearbeitet. Über deren Auswirkung ist man sich aber nicht bewusst. Dies zeigte sich etwa im Vorfeld der Volksabstimmung über die 5. IV-Revision: Es wurde nicht fachlich, sondern plakativ diskutiert.

Die fachliche Ebene ist heute sehr differenziert und daher für Laien auch kaum verständlich. Was schätzen Sie: Werden die Sozialversicherungen in der Bevölkerung verstanden?

Überhaupt nicht! Das ist genau das Problem. Unsere Volksversicherungen sollten dem Volk dienen und von diesem daher auch verstanden werden. Die Sozialversicherungen werden jedoch immer komplexer. Die Übersicht haben – wenn überhaupt – nur noch wenige. Es ist auch schwierig, die Vernetzung der einzelnen Versicherungsweige zu verstehen. Da besteht Handlungsbedarf.

Im Bereich Integration von Invalidität bedrohter Versicherter hatten wir

lange Zeit eine mangelnde Vernetzung. Institutionelle Zusammenarbeit und Case Management wollen dem heute Abhilfe schaffen. Wie sähe für Sie eine optimale Koordination entsprechender Bemühungen aus?

Jemand muss das Heft in die Hand nehmen, die Verantwortung tragen und die betroffene Person bis zum Schluss begleiten. Bei grösseren Firmen gibt es dafür Fachabteilungen. Demgegenüber fehlt es im Bereich KMU oft an Know-how. Man sollte hier die Verantwortlichen entsprechend schulen.

Ein grosses Problem sind auch negative Anreize, die gerade von grossen Taggeldversicherern geschaffen werden. Sie profitieren nämlich im Leistungsfall, indem sie einen Vorschuss leisten und die Ausgaben über höhere Prämien später wieder reinholen. Somit ist der Anreiz zur Kooperation sehr verhalten. Ein weiteres Problem ist, dass in der Privatindustrie, aber auch im öffentlichen Sektor immer noch viele Versicherte über eine IV-Rente entlassen werden.

Wer sollte Ihrer Meinung nach die Fallführung haben?

Es müsste ein Zusammenspiel der Beteiligten sein. Die Initialzündung sollte jedoch vom Arbeitgeber kommen. Dies, weil der Mensch einen Grossteil seiner Lebenszeit bei der Arbeit verbringt.

Sollte eine Pensionskasse Eingliederungsmassnahmen finanzieren?

«Wir können es uns heute nicht mehr leisten, dass jeder nur sein eigenes Gärtli pflegt.»

Ja, und zwar einerseits aus menschlicher Sicht und andererseits aus wirtschaftlichen Gründen. Wenn jemand mit 35 Jahren IV-Rentner wird, laufen da Kosten von mehreren hunderttausend Franken auf. Deshalb sollte eine Pensionskasse ein ureigenes Interesse daran haben, sich finanziell an Eingliederungsmassnahmen zu beteiligen.

Eine Pensionskasse kann mit ihrem Vorsorgezweck in Kollision geraten, wenn sie Eingliederungsmassnahmen finanziert. Dies insbesondere dann, wenn der Versuch missglückt. Was meinen Sie als Präsident der Vorsorgestiftung Gesundheit und Soziales (VGS) dazu?

Bei seriöser Abklärung der Sachlage sollte eigentlich nichts schiefgehen. Ausserdem steht die Pensionskasse nicht alleine da. Es braucht das Zusammenspiel mit

Mitarbeitern am Arbeitsplatz, dem Arbeitgeber und anderen Versicherern. Spinnen wir aber den Faden weiter: Die Krankenkassen verwenden zum Beispiel einen Teil der Prämien für Massnahmen zur Förderung der Gesundheit. Warum sollten Pensionskassen nicht ein vergleichbares Modell zur Finanzierung von Eingliederungsmassnahmen einführen? Eingliederungsmassnahmen wären so also durchaus finanzierbar. Und damit würden auch Begehrlichkeiten auf eine Rente abgebaut.

Ein grosses Thema sind auch die Kosten in der Krankenversicherung. Diese stagnieren zwar, dies aber auf hohem Niveau. Diskutiert werden verschiedene Massnahmen zur Kostendämpfung. So steht schon länger die Forderung nach mehr Markt im Raum. Wo sollte dieser Ihrer Meinung nach konkret spielen?

Das Gesundheitswesen müsste in die Eigenständigkeit überführt werden. Markt heisst für mich also, dass die Leistungserbringer die Fähigkeit haben, eigenständig relevante Entscheidungen treffen zu können. Dies setzt zunächst ein schlankeres Gesetz voraus. Denn wenn ich ein Gesetzeskorsett habe, in dem ich mich nicht mehr bewegen kann, habe ich keinen Gestaltungsfreiraum mehr.

Es darf künftig auch nicht mehr sein, dass verschiedene Player mitbestimmen können. Das heutige Gesundheitswesen ist wie ein Fussballspiel: Jeder meint, er wisse es besser als der Schiedsrichter auf dem Platz.

Im Spitalbereich müssen die Kantons-grenzen fallen. Es ist etwas widersprüchlich, dass Schweizer Krankenkassen nun im Rahmen eines Pilotprojekts Leistungen deutscher Kliniken bezahlen, während wir es nicht schaffen, die Kantons-grenzen im eigenen Land zu überwinden.

Könnte der Druck des Markts nicht genau das Gegenteil bewirken, das heisst qualitativ schlechtere Leistungen zur Folge haben, die dann schliesslich noch mehr Kosten verursachen?

Nein! Denn wer im Markt bestehen will, muss qualitativ gute Leistungen erbringen.

Gerade ans Gesundheitswesen stellen wir ja den Anspruch auf eine sich verbessernde Qualität. Es wird sich also auch hier die Spreu vom Weizen trennen.

Was halten Sie von Managed Care, also HMO beziehungsweise Zentren integrierter Gesundheitsversorgung, als Antwort auf steigende Gesundheitskosten?

Das ist sicher ein erster Schritt. Aber Systeme sind immer nur so gut wie die Leute, die dahinterstehen. Heute fehlt etwas der gesunde Menschenverstand. Wichtig wäre auch eine Kostentransparenz, sowohl Seitens der Kassen als auch bei den Leistungserbringern. Zurzeit schiebt man sich wechselseitig die Schuld zu: Die Kassen sagen, die Kosten seien bei den Leistungserbringern nicht transparent, die Leistungserbringer meinen, die Intransparenz liege aufseiten der Versicherer. Dabei ist es betriebswirtschaftlich doch klar, wie sich diese Kosten kumulieren.

Ein Meilenstein im stationären Bereich wäre auch der Übergang zur Vollkostenrechnung. So wüsste jeder Bewohner in der Schweiz, was wie viel kostet. Die Aufteilung der Kosten auf Kanton, Patient und Krankenkasse könnte in einem zweiten Schritt immer noch erfolgen.

Ein aktuelles Thema ist die Rationierung von Leistungen. Mit welchen Kriterien würden Sie entscheiden, welche Leistungen obligatorisch zu vergüten sind und welche in den Bereich der Zusatzversicherung gehören?

Das Gesundheitswesen ist sehr vielschichtig. Man kann es daher nicht in Kategorien einteilen. Mir schwebt daher etwas anderes vor: Wenn bestimmte Kosten überschritten werden, müsste ein Gegengutachten gemacht werden. Heute gibt es auch klare Kenngrössen: So weiss man beispielsweise, wie viele Tage Spitalaufenthalt bei einer Hüftoperation nötig sind. Bei bestimmten Therapieformen müsste man auch vernetzter zusammenarbeiten. Der Ärztetourismus – das heisst, dass Patienten von einem Arzt zum anderen gehen – sollte unterbunden werden.

Mit welchen Tätigkeiten leistet der SVS einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme?

Indem wir durch Ausbildung die Leute befähigen, komplexe Fälle zu analysieren. Wir führen sie dahin, dass sie vermehrt vernetzt denken und auch handeln. Wir bringen sie dazu, nicht nur ihren Fachbereich zu sehen, sondern auch vorzuschauen, welche Auswirkungen ein Fall für andere Zweige der Sozialversicherung haben kann. Sie lernen auch, über die Gesetzesebene hinaus nach Lösungen zu suchen. Mit gut ausgebildeten Leuten kann auch die Öffentlichkeit kompetent informiert werden.

Herr Zeltner, besten Dank für das Gespräch. ■

Interview: Oliver Schreiber